

Regierungsratsbeschluss

vom 3. Juni 2003

Nr. 2003/1005

Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens an die Erweiterung der EU: Vernehmlassung bei den Kantonsregierungen zum Entwurf der Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit der KdK für eine Stellungnahme der Kantone zum Verhandlungsmandat des Bundesrates

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 19. Mai 2003 gelangt die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) mit dem folgenden Ansuchen an die Kantonsregierungen: Sie ersucht um Stellungnahme zu einem von ihrer Arbeitsgruppe Personenfreizügigkeit erstellten Entwurf für eine Stellungnahme zum Verhandlungsmandat des Bundesrates betreffend Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens an die Erweiterung der EU. Es ist vorgesehen, eine konsolidierte Stellungnahme der Kantone anlässlich der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen vom 20. Juni 2003 zu verabschieden.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements wird das Schreiben an die Konferenz der Kantonsregierungen: Stellungnahme zum Entwurf der Stellungnahme in Sachen Verhandlungsmandat des Bundesrates betreffend Anpassung der Personenfreizügigkeit an die Erweiterung der EU beraten und beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber

Beilagen

Schreiben

Verteiler

Regierungsrat

Volkswirtschaftsdepartement (2) GK2003099

Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA

Amt für öffentliche Sicherheit

